

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 55. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Mittwoch, 05. Juni 2019

08.05 Uhr - 12.26 Uhr

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 8347)

Unterbrechung

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend vorgezogene Landtagswahlen gemeinsam mit der Nationalratswahl 2019 (Zahl 21 - 1284) (Beilage 1811)

Begründung der Dringlichkeit: Mag. Thomas Steiner (S. 8349)

Redner: Manfred Köllly (S. 8354), Mag.a Regina Petrik (S. 8357), Géza Molnár (S. 8360), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 8362), Ingrid Salamon (S. 8364), Mag. Christian Sagarz, BA (S. 8366), Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (S. 8367)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 8368)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 8347)

Beginn der Sitzung: 08 Uhr 05 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Sehr geehrte Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen wünsche ich allen, auch unseren Gästen auf der Galerie! Und falls manche schon jetzt zuhören, herzlich willkommen bei der Landtagssitzung!

Ich e r ö f f n e damit die 55. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Diese Sitzung habe ich aufgrund eines seitens der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner, Ing. Strommer, Mag. Sagartz, BA, und der Abgeordneten Fazekas, BA, Ulram und Hirczy, gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtlichen Verhandlungsschriften der 52. und 54. Sitzung - die 53. Sitzung war eine Trauersitzung - sind geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Die Herren Landtagsabgeordneten Kölly und Steier und die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Winkler haben sich für den Beginn der Sitzung entschuldigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Richter und Mag. Steindl sowie Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Michaela Resetar entschuldigt.

Nunmehr darf ich den Herrn Schriftführer Fazekas, BA, um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Patrik Fazekas, BA: Einlauf für die 55. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 05. Juni 2019. Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzesentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 und die Landtagswahlordnung 1995 geändert wird (Zahl 21 - 1283) (Beilage 1810);
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird (Zahl 21- 1285) (Beilage 1812);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend vorgezogene Landtagswahlen gemeinsam mit der Nationalratswahl 2019 (Zahl 21 - 1284) (Beilage 1811) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik, Manfred Kölly und Kollegen betreffend unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zur Novellierung der Landesverfassung (Zahl 21 - 1288) (Beilage 1815);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Transparenz der Wahlkampfkosten für die Landtagswahl (Zahl 21 - 1289) (Beilage 1816);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Pestizid-Monitoring von Spielplätzen (Zahl 21 - 1290) (Beilage 1817);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf

Fassung einer EntschlieÙung betreffend saubere Veranstaltungen des Landes (Zahl 21 - 1291) (Beilage 1818);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Lärmschutzmaßnahmen auf der S31 (Zahl 21 - 1279) (Beilage 1806);
2. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Amtliche Mitteilung (Zahl 21 - 1286) (Beilage 1813);
3. des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Volkshilfe Burgenland, Demenzbetreuung (Zahl 21 - 1287) (Beilage 1814);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 21 - 1238) betreffend Personalstandsänderung (Zahl 21 - 1280) (Beilage 1807);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (Zahl 21 - 1240) betreffend Tagesmütter (Zahl 21 - 1281) (Beilage 1808);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 21 - 1239) betreffend Mindestsicherung (Zahl 21 - 1282) (Beilage 1809);

eingelangt.

Präsidentin Verena Dunst: Vielen Dank Herr Schriftführer. Nunmehr darf ich weiter fortfahren. Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1283, Beilage 1810, und den selbständigen Antrag mit der Zahl 21 - 1288, Beilage 1815, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die Regierungsvorlage Zahl 21 - 1285, Beilage 1812, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss zu.

Weiters, den selbständigen Antrag Zahl 21 - 1289, Beilage 1816, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Und die selbständigen Anträge Zahl 21 - 1290, Beilage 1817, und Zahl 21 - 1291, Beilage 1818, weise ich dem Rechtsausschuss und Umweltausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen, in dem Fall Zahl 21 - 1279, Beilage 1806, habe ich Herrn Landesrat Mag. Dorner zur Beantwortung übermittelt.

Weiters, die schriftliche Anfrage Zahl 21 - 1286, Beilage 1813, habe ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil zur Beantwortung übermittelt.

Sowie die schriftliche Anfrage mit der Zahl 21 - 1287, Beilage 1840, habe ich Herrn Landesrat Illedits zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen mit der Zahl 21 - 1280, Beilage 1807, weiter die Zahl 21 - 1281, Beilage 1808, und Zahl 21 - 1282, Beilage 1809, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Weiters eingelangt ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend vorgezogene Landtagswahlen gemeinsam mit der Nationalratswahl 2019, Zahl 21 - 1284, Beilage 1811.

Gemäß § 24, Verzeihung, es ist sehr früh heute, Abs. 3 der GeOLT kann die Behandlung dieses Antrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung stattfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 in Verbindung mit § 54 Abs. 4 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Ich würde jetzt, es ist 08 Uhr 13 Minuten, in die Tagesordnung übergehen, Tagesordnung liegt aber keine vor.

Damit, nachdem ich ja bereits erwähnt habe, die Behandlung des Dringlichkeitsantrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 11 Uhr 15 Minuten.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist **u n t e r b r o c h e n**.

(Die Sitzung wird um 08 Uhr 13 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsidentin Verena Dunst: Einen schönen Vormittag, meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur Fortsetzung der Sondersitzung begrüßen! Wir begrüßen natürlich seitens des Landtages die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Aber natürlich freuen wir uns auch alle, wenn uns Gäste begleiten, die uns via Live-Stream beiwohnen.

Ich freue mich, dass wir immer wieder auch Besuch haben. Sie haben gesehen, dass wir auch heute wieder Gruppen von Schülerinnen und Schülern da hatten. Und genau um das geht es, dass die Arbeit des Landtages auch dementsprechend geschätzt ist.

Meine Damen und Herren! Ich nehme also die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend vorgezogene Landtagswahlen gemeinsam mit der Nationalratswahl 2019 (Zahl 21 - 1284) (Beilage 1811)

Wir kommen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend vorgezogene Landtagswahlen gemeinsam mit der Nationalratswahl 2019, Zahl 21 - 1284, Beilage 1811.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, erteile ich nunmehr Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Steiner das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wir haben einen dringlichen Antrag eingebracht und haben diese Sonderlandtagssitzung auch veranlasst und das hat einen ganz einfachen Grund.

Das Thema, das wir heute behandeln, hätten wir ja schon vor wenigen Tagen behandeln sollen. Wir haben einen Gesetzesantrag eingebracht in Richtung Auflösung des Landtages, und dieser Gesetzesantrag wurde im Ausschuss von Rot und Blau vertagt.

Dieser Gesetzesantrag wurde vertagt, damit offensichtlich verhindert werden soll, dass eine öffentliche Diskussion über dieses Thema stattfindet. Damit verhindert werden sollte, dass sich hier die Abgeordneten ganz einfach outen müssen, darlegen müssen, ob sie mit dem Gedankengut, das beim mittlerweile berühmt berüchtigten Ibiza-Video zu Tage getreten ist, ob sie damit einverstanden sind oder eben nicht einverstanden sind.

Wer heute diesem Antrag, den wir vorgelegt haben, nicht zustimmt, der erklärt sich dann einverstanden mit jenen unglaublichen politischen Einstellungen, die die blaue Nomenklatura nach außen getragen hat.

Wir müssen uns nämlich immer wieder ganz klar in Erinnerung rufen, ganz klar in Erinnerung rufen, was eigentlich der Ausgangspunkt, der Grund für diese massiven politischen Wirrnisse der letzten Wochen war und ist. Und das ist ganz klar, es war eben dieses Ibiza-Video der FPÖ, wo klar geworden ist, was die politische Grundeinstellung der FPÖ, dieser Ibiza-Clique, ist. Sie möchte das österreichische Wasser ins Ausland verkaufen, sie möchte Staatsaufträge vergeben und im Gegenzug dafür, Geld für die eigene Partei bekommen, am Rechnungshof vorbei natürlich, und sie möchte unabhängige Medien unterwandern.

Und ein burgenländischer Politiker ist mitten drinnen in diesem Ibiza-Sumpf. Hans Tschürtz, der seit Jahren Teil dieser Ibiza-Clique ist. Diese Ibiza-Reisen, das waren ja nicht irgendwelche Urlaubsreisen, wie wir wissen, sondern diese Ibiza-Reisen, das ist ja Teil der FPÖ-Folklore.

Das ist ja dann sozusagen eine Vereinigung von FPÖ-Granden, die sich hier treffen, die hier Dinge ausmachen. Wer da mitfahren durfte oder darf, der ist halt im innersten Zirkel, der ist Teil dieser blauen Bonzenpartie.

Für die Volkspartei, meine sehr geehrten Damen und Herren, und für Bundeskanzler Sebastian Kurz, war ganz klar, dass es auf Grund dieses Videos und der darin vorgetragenen politischen Grundeinstellungen klare Konsequenzen geben muss. Das war für Bundeskanzler Sebastian Kurz ganz klar. Und es war auch ganz klar, dass es rasch zu Neuwahlen kommen muss.

Dass die FPÖ in weiterer Folge diese Bundesregierung gesprengt hat, das weiß natürlich jeder. (*Heiterkeit bei der FPÖ*) Die FPÖ hat diese Bundesregierung gesprengt, weil sie nicht einsichtsfähig, nicht lernfähig war.

Sebastian Kurz hat die zurückgetretenen FPÖ-Regierungsmitglieder mit Einverständnis und mit Zustimmung des Bundespräsidenten durch Expertinnen und Experten, durch Beamte ersetzt, um bis zur Wahl die Verwaltungsgeschäfte ordentlich führen zu können und auch Österreich in Europa zu vertreten.

Was sich dann aber abgespielt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Aneinanderreihung von politischen Treppenwitzen.

Und was war eigentlich im Burgenland? Noch am Wochenende, als dieses Video veröffentlicht worden ist, hat der Landeshauptmann des Burgenlandes gemeint, diese Aussagen, die hier getätigt wurden, sind nicht zu akzeptieren. Und durch diese Aussagen ist auch die rot-blaue Landesregierung im Burgenland belastet.

Frau Präsidentin, nicht den Kopf schütteln, er hat es so gesagt.

Und da haben wir uns gedacht, ja, also dieser Landeshauptmann beweist Haltung. Aber was dann nicht einmal zwei Tage später passiert ist, nämlich, dass sich der Landeshauptmann gemeinsam mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter hingestellt hat und gesagt hat, so quasi, na ja, jetzt ist eh nichts passiert, wir machen einfach weiter. Wir ketten uns noch stärker aneinander. Wir ketten die Blauen noch stärker an die SPÖ und machen sie endgültig zu willfährigen Steigbügelhaltern.

Und so nebenbei hat sich der Landeshauptmann gedacht, kann ich ja noch meinen Wunschtermin für die Landtagwahl, nämlich den 26. Jänner 2020, abzwängen. Und das hat er auch geschafft.

Das ist ein Wahltermin, der ja nicht neu war, sondern wo ja jeder sowieso schon gewusst hat, dass sich der Landeshauptmann diesen Termin wünscht.

In Wahrheit ist das, meine Damen und Herren, wirklich eine politische Schmähschmähparade. Das ist ein Sand-in-die-Augen-Streuen der Bevölkerung und das lassen und wollen wir so nicht stehen lassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was aber auch noch klar ist, dass die SPÖ im Burgenland überhaupt kein Problem damit hat, dass österreichisches Wasser ins Ausland verkauft wird. Dass die SPÖ im Burgenland überhaupt kein Problem hat, dass Staatsaufträge an irgendwelche ausländischen Firmen vergeben werden, damit Geld in die Parteikassen kommen, am Rechnungshof vorbei.

Und dass die SPÖ Burgenland überhaupt nichts dagegen hat, wenn unabhängige Medien unterwandert werden sollen. Und all das, meine Damen und Herren, all das nur aus rein parteipolitischen Überlegungen und aus rein parteipolitischen Interessen.

Ja, und wer geglaubt hat, dass die Ibiza-FPÖ mit der Veröffentlichung dieses Videos Geschichte ist, ja, der hat sich schwer getäuscht. Der Herr Strache hat ja gepostet und angekündigt, er wird sein Mandat im EU-Parlament annehmen. Er möchte das ernsthaft tun. Wenige Wochen nach seinem sogenannten Rücktritt tut er das.

Und wer war der Erste, der das unterstützt hat? *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Tschürtz.)* Ganz richtig, Hans Tschürtz. Ich habe hier das Posting mit, wo der Herr Strache erklärt, er wird das EU-Mandat annehmen und der Erste, der hier ein „Like“ abgegeben hat, ist der Herr Johann Tschürtz.

Man sieht also, diese Ibiza-FPÖ, die ist nicht Geschichte, diese Ibiza-FPÖ gibt es nach wie vor *(Unruhe bei der FPÖ)* und wird es wahrscheinlich immer geben. Denn die Wahrheit ist, Strache ist und bleibt der heimliche Bundesparteiobmann der FPÖ, völlig egal, wer formal an der Spitze steht.

Die Ibiza-FPÖ ist und bleibt tonangebend in der eigenen Partei. Tschürtz war und ist Teil dieser Ibiza-Gemeinschaft und wird es auch bleiben.

Und da helfen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch diverse Ausreden nichts. Denn Sie waren zum Zeitpunkt des Videodrehs gemeinsam mit Gudenus und Strache auf Ibiza. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: In zwei Wochen fahre ich wieder nach Ibiza.)*

Und ehrlich gesagt, - ja, das wundert mich nicht, dass Sie wieder mit Strache und Gudenus auf Ibiza fahren. *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Ich wünsche Ihnen jetzt schon viel Spaß. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Warum behauptest Du, dass ich mit Strache und Gudenus nach Ibiza fahre? - Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Weil Du es*

gepostet hast auf Facebook. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen - Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Warum behauptest Du, dass ich mit Strache nach Ibiza fahre?) Ich wünsche Ihnen jetzt schon viel Spaß.

Präsidentin Verena Dunst (das Glockenzeichen gebend): Der Redner ist am Wort, bitte.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP) (fortsetzend): Da nutzt das einfach nichts, da nützt es einfach nichts, - (Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist unglaublich. Ich fliege mit meiner Frau nach Ibiza.) da nützt das einfach nichts, wenn man hier Schutzbehauptungen aufstellt. (Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Warum behauptest Du solche Dinge?)

Wenn man hier Schutzbehauptungen aufstellt, weil das können Sie uns unter Wasser erzählen, dass (Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz.) Sie nicht dann mit dem Herrn Strache und dem Herrn Gudenus, (Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz: Das ist unglaublich.) darüber gesprochen haben, was bei diesem Treffen mit der vermeintlichen Oligarchen-Nichte besprochen wurde.

Das Wasser, das österreichische Wasser ins Ausland zu verkaufen. Die Medien zu unterwandern oder auch Geld für Staatsaufträge in die Partei zu bringen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das glaubt Ihnen wirklich niemand. (Beifall bei der ÖVP)

Insgesamt, meine Damen und Herren, hat ja auch die SPÖ-Burgenland bei diesen politischen Malversationen der letzten Woche eine sehr unrühmliche Rolle gespielt.

Der burgenländische Landeshauptmann, der jetzt zwar nicht anwesend ist, aber ich bin ihm irgendwie auch dankbar dafür, dass er in aller Offenheit gesagt hat, was der wahre Grund für den Misstrauensantrag ist. Was der wahre Grund dafür ist, dass Rot und Blau den Bundeskanzler und die gesamte Bundesregierung abgewählt haben.

Der Herr Landeshauptmann hat nämlich gegenüber der Presse erklärt, es gibt einen einzigen Grund, und das ist ein parteipolitischer. Es sind ausschließlich parteiinterne Beweggründe, warum das gemacht werden muss, aus Sicht der SPÖ. Nicht staatspolitische Gründe, nicht inhaltliche Gründe, sondern ausschließlich parteiinterne Gründe. Da hat sich der Landeshauptmann wirklich offenbart und das muss auch die Bevölkerung immer wieder vor Augen geführt bekommen. (Beifall bei der ÖVP)

Dann, meine Damen und Herren, dann brechen so quasi alle politischen Dämme. Eine Doskozil-Drozda-Kickl-Koalition hat sich gebildet, ich habe das auch hier, Sie kennen dieses Bild sicher, (Der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner zeigt ein Bild) als der Herr Drozda und der Herr Kickl sich da besprochen haben. Das war diese Szene, als der Kickl geschnippt hat und der Herr Drozda aufgesprungen ist und sich sofort in eine Ecke mit dem Herrn Drozda zurückgezogen hat, um zu besprechen, wie sie weiter vorgehen wollen.

Meine Damen und Herren! Diese Koalition hat gegen den Willen der Bevölkerung und hat gegen den Willen des Bundespräsidenten auf der einen Seite die Bundesregierung abgewählt und der nächste Schritt, der jetzt von dieser Koalition geplant ist, ist, einen möglichst späten Wahltermin festzulegen, um das hinauszuzögern, um noch länger für Stillstand in Österreich zu sorgen. Wieder nicht aus staatspolitischem Interesse, sondern rein aus parteipolitischen Interessen.

Meine Damen und Herren! Da ist es völlig egal, ob es Österreich schadet, ob es der Bevölkerung schadet, es geht nur um die Partei. Aber vielleicht braucht die SPÖ noch ein bisschen mehr Zeit, um die derzeitige Bundespartei-vorsitzende Joy Pamela Rendi-Wagner abzuschießen, wie man heute in den Tageszeitungen auch lesen kann.

Meine Damen und Herren! Die Antwort der Österreicherinnen und Österreicher, die erste Antwort, hat es schon am 26. Mai gegeben. Ein fulminanter Wahlsieg von Sebastian Kurz und der Volkspartei und eine schallende Ohrfeige für jene, die Parteipolitik vor Staatsinteressen, die Parteipolitik vor die Menschen gestellt haben.

Sie wissen ja auch ganz genau, der überwiegende Teil der Österreicher findet, dass diese Abwahl schlecht war. 65 Prozent der Österreicher sagen das.

Sie, von Rot und Blau, sind dafür verantwortlich, dass es jetzt zu einem Stillstand in Österreich kommt, dass viele notwendige und wichtige Reformen, die schon auf den Weg gebracht worden sind, wieder ins Stocken geraten, zum Beispiel die Steuerreform.

Es war ja irgendwie sehr interessant, gestern oder vorgestern haben sich die roten Unternehmer im Burgenland mit dem Herrn Landeshauptmann und mit dem Vorstandsvorsitzenden von Siemens Österreich getroffen, der dann bei dieser Veranstaltung gesagt hat, na es wäre schon gut, wenn wir bald wieder eine Regierung hätten, die aus Politikern besteht, weil es gibt ganz, ganz viele Themen, die schon auf den Weg gebracht worden sind und die wichtig wären für Österreich.

Er hat gemeint, die Steuerreform zum Beispiel oder auch das Standortsicherungsgesetz. Diese Themen, hat er gemeint, die müssen unbedingt umgesetzt werden, damit der Standort Österreich auch zukünftig abgesichert wird. Vielleicht nimmt sich das der Herr Landeshauptmann zu Herzen und versucht, im Rahmen der Bundes-SPÖ darauf zu drängen, dass ein Wahltermin nicht hinausgezögert wird, sondern dass es einen raschen Wahltermin gibt, den sich auch die Österreicherinnen und Österreicher wünschen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Auf Österreichebene hat die Parteipolitik mit der Abwahl von Sebastian Kurz und der Bundesregierung eine sehr, sehr schlechte Entscheidung getroffen. Im Herbst werden die Wählerinnen und Wähler die Antwort geben. Da werden die Wählerinnen und Wähler diese Entscheidung treffen, und ich bin mir ganz sicher, dass sie die richtige Entscheidung treffen werden.

Ich würde Sie auch ersuchen, diesem Antrag heute die Zustimmung zu geben, denn auch im Burgenland sollte es so sein, dass die Menschen darüber entscheiden, wie es im Land weitergehen soll.

Lassen wir die Menschen entscheiden, ob sie eine Politik wollen, die wir im Ibiza-Video gesehen haben, wo es um den Verkauf des österreichischen Wassers ins Ausland gegangen ist, wo es um das Unterwandern von unabhängigen Medien gegangen ist, wo es darum gegangen ist, Staatsaufträge an irgendwelche ausländischen Firmen zu geben, um Parteifinanzien aufzubessern, am Rechnungshof vorbei natürlich.

Lassen wir die Menschen darüber entscheiden, ob sie diese Politik wollen, oder ob sie eine saubere und transparente Politik im Burgenland haben wollen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich Sie auch dringend auffordern, diesem Antrag zuzustimmen, dafür zu sorgen, dass wir auch im Burgenland aufgrund all dieser Vorkommnisse möglichst rasch wählen können und am besten, am gleichen, am selben Tag, wie die Nationalratswahl sein wird.

Das wäre für die Menschen besser, das wäre günstiger, das wäre für alle Beteiligten die beste Methode. Aber ich sehe schon in den Gesichtern von Rot und Blau, dass Sie das nicht machen werden. (*Abg. Ingrid Salamon: Richtig!*) Auch Sie wollen, so wie die Doskozil-Kickl-Koalition den Wahltermin möglichst hinausschieben, irgendwo in den Jänner hinein, in der Hoffnung, dass es dann besser für Sie wird.

Aber ich kann Ihnen versprechen, wir werden Ihnen diese Themen sicherlich nicht ersparen und dann werden wir Sie halt bis zum 26. Jänner auf Trab halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben Sie die Chance, zu beweisen als Abgeordnete, jeder Einzelne, ob er für diese Ibiza-Politik steht oder ob er für eine transparente und saubere Politik steht.

Die Volkspartei Burgenland, wir werden auf jeden Fall dafür stimmen, dass wir möglichst rasch wieder ordentliche und gute Verhältnisse im Burgenland haben. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsidentin Verena Dunst: Inzwischen darf ich die Volksschule Stadtschlaining herzlich begrüßen. Schön, dass sie heute mit uns dabei sind.

Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt und als erstem Redner darf ich Herrn Landtagsabgeordneten Kölly das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dringlichkeitsantrag der ÖVP, schön, wohl wissend, dass das sowieso nicht durchgeht. Wohl wissend, dass der 29. September, glaube ich, schon fixiert ist bei den Nationalratswahlen, was ich so gehört habe. Die Mehrheit entscheidet halt immer, das ist halt in einer Demokratie so, Herr Kollege Steiner, und das wissen Sie ja auch ganz genau.

Wenn Sie heute die „Ibiza-G'schichtln“ zitieren, ja, und ich nehme auch den Hans Tschürtz nicht raus, der hat dort unten genauso gefeiert wie alle anderen, nur sie haben in gar nicht mitgenommen zu diesem Gespräch, weiß ich inzwischen. Ja, das wäre schwierig gewesen mit dem Herrn Tschürtz über solche Dinge wahrscheinlich überhaupt zu reden, das möchte ich auch einmal klar und deutlich festgestellt haben.

Wenn wir heute über den Misstrauensantrag gegen den Herrn Kurz sprechen, seid mir bitte nicht böse, das habt Ihr Euch wirklich selbst zuzuschreiben, was da passiert logischerweise. Ich will jetzt nicht das Ganze Revue passieren lassen, was sich dort oben abgespielt hat. Es gab eineinhalb Jahre einen großen Kuschelkurs ÖVP/FPÖ und wie alles schön und gut läuft.

Aber nichts anderes haben wir im Burgenland. Ich warne davor, weil ich immer wieder über die Medien höre, wie gut sich die zwei verstehen, wie gut sich SPÖ und FPÖ verstehen. Bei einer Aussage des Herrn Landeshauptmannes Doskozil, da bin ich beim Herrn Kollegen Steiner, ist schon einiges gefallen, wo ich klipp und klar gesagt habe, so kann es in diesem Land nicht weitergehen.

Das müssen wir schon dementsprechend verändern oder überhaupt auflösen. Faktum war dann, es hat ein Gespräch gegeben, wo dann wieder alles einig war und hinter verschlossener Tür ausgemacht, wir müssen ja weiter im Endeffekt, wir verstehen uns ja so gut.

Faktum ist, dass wir wollen, dass etwas weitergeht. (Abg. Ingrid Salamon: Ist ja auch so!) Und sonst gar nichts. Wir wollen keine Blockierer sein! Wir sind immer angetreten als Liste Burgenland mitzuarbeiten, mitzutun in diesem Land. Aber es gehört trotzdem diskutiert und auch dementsprechend gewisse Dinge hinterfragt.

Und offen gelegt, und das muss man auch klar sagen, und ich bin immer einer gewesen, der gesagt hat, setzen wir uns zusammen, machen wir ein Gespräch. Wenn ich mir anschau, dass es aber leider keine Gespräche in diese Richtung in der letzten Zeit gegeben hat, dann frage ich mich schon, dann bin ich schon ein bisschen bei der ÖVP, weil die sagen, wir sollten eigentlich schon mehr reden, was können wir machen in diesem Land.

So darf es und kann es natürlich nicht weitergehen. Viele Dinge, ich bin bei vielen öffentlichen Veranstaltungen mit dabei, da wird vieles in den Raum gestellt. Die 1.700 Euro netto brauchen wir, Gratiskindergarten wird unbedingt gemacht, und die Bio-Welle, natürlich, das wird alles so schön geredet. Faktum ist, wenn ich mir heute einen Speiseplan anschau von der Küche. Was ist dort alles Bio drauf? Schaut Euch das einmal an. Ich kann nicht alles immer in den Raum stellen und eigentlich ganz anders handeln. Das geht nicht!

Oder die 1.700 Euro, wo ein Antrag unsererseits eingebracht wurde. 1.700 Euro netto auch dementsprechend zu diskutieren und umzusetzen. Dann lese ich in vielen Dingen, das wurde abgelehnt und verschoben auf den Nimmerleinstag.

Aber tagtäglich höre ich in den Medien, dass der Herr Landeshauptmann darauf besteht, okay, ich habe ja kein Problem damit, nur die FPÖ sollte da einmal schauen, dass sie in ihren eigenen Reihen nicht das Problem kriegt, denn in der Wirtschaftskammer wurde ein Antrag eingebracht, das nicht zu tun, die 1.700 Euro, der wurde auch dementsprechend angenommen von der ÖVP-Seite und auch von der FPÖ-Seite und auch von der SPÖ-Seite.

Das ist das Komische, das zu hinterfragen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf der einen Seite schaut man sich das so an und handeln tut man ein bisschen anders. Das soll es ja nicht sein, die Bevölkerung soll ja nicht, seid mir bitte nicht böse, dementsprechend angelogen werden. Entweder ich stehe dazu und ich will die 1.700 Euro. Wie finanzieren wir das? Wie schaut das aus?

Soll auch eine Diskussion sein, weil wenn ein Antrag reinkommt, von einer Fraktion im Landtag, dann soll er auch behandelt werden. Gratiskindergarten, ich kann mich noch erinnern. Jahre davor, wir haben schon einen Gratiskindergarten, wir haben keinen Gratiskindergarten gehabt. Jetzt ist Gratiskindergarten ein ganz ein wichtiges Thema. Soll so sein. Ich stehe ja dazu, natürlich als Bürgermeister einer Gemeinde, was der Gemeinde viel Geld kostet, stehe ich dazu, und für die Eltern selbstverständlich.

Aber dann muss man Fakten am Tisch legen. Warum lehne ich dann einen Antrag ab beziehungsweise schiebe ich ihn auf den Nimmerleinstag? Das sind solche Dinge, die den Leuten schon aufstoßen da draußen. Ich glaube, da müssen wir offen und ehrlich diskutieren.

Oder die ÖVP, in der Vergangenheit war sie ja auch in der Regierung, 15 Jahre lang oder sogar länger. Da sind genauso solche Dinge passiert, ich will nur darauf hinweisen. Damals die BEWAG, man hat die ganzen Stromleitungen verkauft und wieder zurückgeleast. Das ist bis dato nicht bereinigt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

BEGAS damals auch verleast die ganze Geschichte, also geleast. Verkauft und geleast dann, zurückgeleast und da sagt keiner etwas dazu. Wenn man da hinterfragt wird

alles auf die Seite gewischt. Daher glaube ich, dass es entscheidend sein wird, dass man ehrlich miteinander umgeht in diesem Land.

Wenn ich heute einen Dringlichkeitsantrag einbringe, dass im September gewählt werden soll, ich glaube, dann wird keiner ein Verständnis dafür haben, weil, der in einer Gemeinde arbeitet, der weiß, welche Aufgabe das ist, zwei Wahlen an einem Tag zu machen, die werden sich überhaupt wundern.

Frau Kollegin von den GRÜNEN, Sie sind ja dafür, dass man gleichzeitig an einem Tag wählt. Sie haben keinen Bürgermeister, Sie haben keine Verantwortung! Das ist genau dass, was ich immer offen und ehrlich diskutieren will, das ist ja kein Honiglecken, was da passiert. Dass was Ihr macht, ist Polemik, politisches Kleingeld, sonst gar nichts. Ihr wisst aber auch ganz genau, dass die Mehrheit entscheidet und dass das gar nicht durchgehen wird.

Mir wäre am liebsten gewesen der Mai, selbstverständlich 2020, die Landtagswahlen zu haben, aber der Herr Landeshauptmann hat, sage ich einmal, ganz und deutlich gesagt, er will die Wahl im Jänner haben und hat das dementsprechend mit seinem Partner demokratisch abstimmen lassen und das ist nun einmal der Fall. Der Herr Kollege Steiner lacht, Demokratie, ich weiß schon, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mehrheit ist so.

Ich kann mich erinnern, wir sind jahrelang Opposition gewesen und da hat es immer geheißen von Rot und Schwarz: Lasst sie alle reden, es ist alles ein Schmarrn, wir stimmen ab, und das andere ist vollkommen egal. Und jetzt seid Ihr in einer Situation, wo Ihr in einer Opposition seid und spielt das andere. Und die FPÖ ist genauso weit.

Jetzt sitzt die in der Regierung und sagt, nein, wir machen das gemeinsam, aus, Schluss, fertig. Ist in Ordnung, die Mehrheit entscheidet, das ist Demokratie. Aber im Vorfeld wird eigentlich keine politische Fraktion miteinbezogen zu Gesprächen. Wo ich immer klar sage, warum erfahren wir nichts über Regierungsakte? Warum bekommen wir diese nicht? Warum ist keine Transparenz da? Warum wird das nicht offen gelegt? Was habt Ihr für ein Problem damit, wenn wir das diskutieren?

Nicht mehr und nicht weniger will ich haben. Dass wir offen und ehrlich miteinander umgehen. Das hat sich auch die Bevölkerung im Burgenland verdient, dass muss man auch einmal klar dazu sagen. Ich denke dieser Dringlichkeitsantrag aber auch ein zweiter ist ja heute auf der Tagesordnung, den finde ich auch für unnötig. Ich sage Euch das auch gleich mit aller Deutlichkeit am Anfang des Tages, weil das nur politisches Kleingeld ist, sonst gar nichts, im Endeffekt. Wir wissen ganz genau, dass das alles gar nicht möglich ist.

Wir haben eine Regierung oben, eine Beamtenregierung, und wenn wir gehört haben in den Medien, wie sie alle gefragt geworden sind, habt ihr alle gesagt, wow, super tolle Geschichte. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Es geht um den Nationalrat in dem Antrag, nicht um die Regierung!*)

Na, warte ein bisschen. Da geht es um das, dass die Regierung eigentlich aufgefordert wird, die Regierung wird aufgefordert, keine Wahlzuckerl zu vergeben und dergleichen mehr.

Herr Kollege Steiner, noch einmal, nach Medienberichten, alles so super, die Beamtenregierung ist so super. Wenn das so gut ist, dann könnte man eigentlich die gleich lassen, aber das wird nämlich eine lustige Geschichte nach den Wahlen, wie das überhaupt weitergeht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber solltet Ihr Euch einmal Gedanken machen, (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Mit Mehrheiten! Hast Du ja*

schon gesagt!) mit Mehrheiten. Ganz genau, und diese Mehrheiten schaue ich mir jetzt gerne im Nationalrat an, was sich abspielen wird.

Das hat sich das Volk nicht verdient, glaubt mir das. Wenn ich jetzt diese Bundesregierung gesprengt habe, egal, wer es gesprengt hat, ein gutes Bild war das sowieso nicht. Dass die Ibiza-Geschichte eine ganz ausschlaggebende Sache war, darüber brauchen wir nicht diskutieren. Aber die ÖVP ist nicht ganz unschuldig in der ganzen Geschichte, das muss man auch ganz klar sagen.

Daher noch einmal, offen und ehrlich diskutieren, offen und ehrlich mit der Bevölkerung umgehen, weil die Bevölkerung kann das nicht mehr hören, wenn Ihr rausgeht in Wirtshäuser oder in der öffentlichen Diskussion, die sagen, lasst uns doch endlich in Ruhe und lasst diese Beamtenregierung einmal arbeiten und dann schauen wir uns das an. (*Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*)

Daher werde ich diesem Dringlichkeitsantrag, sage ich auch gleich klipp und klar, keine Zustimmung erteilen. Danke schön.

Präsidentin Verena Dunst: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Mag.a Petrik am Wort. Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie! (*Die Schüler auf der Galerie verlassen den Landtagssaal*) Ihr verlasst uns jetzt wieder? Jetzt wollte ich gerade sagen, keine Sorge, die Herren streiten nicht immer so heftig miteinander. Aber immer öfter. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Genug ist genug!*) Schönen Tag noch.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitschauenden und Mithörenden per Life-Stream! Ich wollte eigentlich anders anfangen, aber jetzt muss ich schon sagen, ach Herr Kölly. Ja, Sie stehen da drüben am Pult und sagen wir sollen offen und ehrlich miteinander umgehen und haben dabei offensichtlich einen neuen Weg der Kommunikation gefunden. Sie gehen zum Pult, behaupten irgendetwas was andere sagen, um dann zu sagen, dass das schlecht ist. (*Abg. Manfred Kölly: Die Medien haben das behauptet!*) Hören Sie einmal vorher zu!

Sie haben natürlich ein Pech, dass Sie als Erster hier reden und dann wollen Sie schon reagieren auf etwas, was Sie noch nicht gehört haben. Aber hören Sie einmal zu und dann reagieren Sie und dann kritisieren Sie vielleicht auch nicht. Da habe ich gar nichts dagegen, aber der Reihe nach. Dass diese rot-blaue Landesregierung für das Burgenland nicht gut ist, dass das meine Auffassung ist und dass das die Auffassung der GRÜNEN im Burgenland ist, das ist nichts Neues. Das sagen wir immer wieder und das belegen wir auch immer wieder, weil die Stimmung und die politische Richtung, die eingelegt wird so in einer Art und Weise ist, wie wir sie nicht richtig finden. Wir sagen das immer wieder.

Im April dieses Jahres habe ich auch die Auflösung der rot-blauen Koalition gefordert. Wie dann der Ibiza-Skandal öffentlich wurde, habe ich das wiederholt. Ich habe auch klar gemacht, dass es seitens der GRÜNEN ein Angebot gäbe. Es könnte die SPÖ im Burgenland ihr politisches Rückgrat bewahren und sagen, ja, wenn die SPÖ im ganzen Land ganz klar sagt, mit dieser FPÖ ist kein Start zu machen, dann ist das natürlich auch im Burgenland so.

Ich habe auch das Angebot gemacht, zu schauen, verhandeln wir mit den Fraktionen im Landtag, vielleicht kriegen wir ja eine Mehrheit der Abgeordneten zusammen, die ein gemeinsames Programm, das noch bis Ende der Legislaturperiode abzuarbeiten ist, unterstützen möchte. Dann könnte sogar, ohne dass wir schon wieder in

Wahlen gehen müssen, diese Regierung weiterarbeiten, aber halt ohne FPÖ in der Regierung. Das wäre auch möglich gewesen.

Gut, das wollte der Herr Landeshauptmann nicht haben und damit ist für uns der nächste logische Schritt sehr bald Neuwahlen auch im Burgenland abzuhalten. Dafür zu argumentieren ist sehr klar nachvollziehbar. Dass die ÖVP in ihrem Dringlichkeitsantrag leider etwas übers Ziel hinausschießt und damit dann auch ganz klar offenlegt, dass es ihr mehr um die parteipolitische Linie quer durch Österreich geht und weniger um den konkreten Wahltermin, das werde ich nachher noch sagen.

Natürlich fragen wir uns, warum braucht man die FPÖ denn so dringend in der Regierung mit der SPÖ? Es gibt hier halt entweder eine sehr große inhaltliche Übereinstimmung. Es wird ja auffällig viel sozusagen Nähe demonstriert. Ja das ist ein politisches Kuscheln, das man dann schon immer wieder feststellt.

Vielleicht ist aber eine Motivation die FPÖ in der Landesregierung zu halten, dass man sie wenigstens nicht auf der Oppositionsbank hat, weil dann werden sie unangenehmer. Wie es nämlich aussieht, wenn man eine Koalition mit der FPÖ wieder auflöst, das wird uns ja gerade von ÖVP und FPÖ und Bund fast tagtäglich und auch hier am Rednerpult durch den Landesparteiobmann der ÖVP sehr deutlich vorgeführt. Nun ist es so, dass Sie sagen nein, im Burgenland wollen wir weiterarbeiten mit der FPÖ. Diese Regierungsarbeit funktioniert sehr gut.

So, aber eigentlich wollen wir schon früher wählen. Das war ja schon lange bekannt, dass die SPÖ das Anliegen hat, früher als im vorgesehenen und im regulären Termin im Mai zu wählen. Es war ja schon lange vor der Ibiza-Affäre klar, der Termin soll möglichst weit vorverlegt werden. Wie ich damals gefragt worden bin, habe ich gesagt, also, wenn man länger als zwei Monate den Wahltermin nach vorverlegt, dann braucht man dafür schon eine besondere Begründung. Gut, die SPÖ hat jetzt eine besondere Begründung und sagt, wir nehmen das zum Anlass, aber acht Monate können wir schon noch weitermachen wie bisher.

Dass das keine sehr glaubwürdige Linie ist, da stimme ich mit der ÖVP ja überein. Aber wie gesagt, dann müssten wir sagen, sofort auflösen, sofort Klarheit schaffen, was die Wähler und die Wählerinnen jetzt in der Situation wollen. So, was macht aber die ÖVP?

Die ÖVP kommt jetzt nicht her und sagt in einem Dringlichkeitsantrag der ehestmögliche Wahltermin, sondern sie offenbart hier, dass sie eine Linie der Bundespartei, der ÖVP-Bundespartei, durchzieht. Da gibt es jetzt die Marschroute, wir wollen überall gemeinsam wählen, wo es nur irgendwie möglich ist, weil es gibt gerade die Welle von Sebastian Kurz und auf der wollen wir gerne mitschwingen.

Was nicht dabei bedacht wird ist, dass es sehr wohl in den Gemeinden große Schwierigkeiten machen kann und auch für die Wählerinnen und Wähler Schwierigkeiten machen kann, wenn wir einfach schnell zwei große verschiedene Wahlen an einem Tag miteinander abhalten.

Jene von Ihnen, die so wie ich auch, bei der letzten EU-Wahl dabei gesessen sind, ich war ja nur wahlbeobachtend dabei, einige von den anderen Parteien vielleicht auch in der Wahlkommission, die haben vielleicht schon miterlebt, dass schon bei dieser relativ einfach strukturierten Wahl, wo es nur eine Liste gibt und man eine Vorzugsstimme vergeben kann, bei der Frage der Vorzugsstimmen einige Fehler passiert sind.

Also, wir hatten bei uns einen Wahlzettel, da war bei der Partei nichts ausgefüllt, aber bei einer anderen Partei eine Vorzugsstimme vergeben, die eigentlich zu einer dritten Partei gehört, also sogar da ist es schon schwer.

Wenn man jetzt auch noch bei der Nationalratswahl, wo wir verschiedenste Listen haben, verschiedenste Möglichkeiten Vorzugsstimmen zu vergeben, gleichzeitig mit der Landtagswahl verschiedenste Listen haben und verschiedenste Möglichkeiten haben Vorzugsstimmen zu vergeben, nicht sehen, dass da ein Riesenschlamassel rauskommen kann, der weiß nicht, wie real Wahlen bei uns ablaufen.

Dann haben wir im Burgenland ja noch ein Problem, wir haben ja etwas was ich demokratiepolitisch für sehr problematisch halte, wir haben ja noch in unserer Wahlordnung das Prinzip Person vor Partei.

Das heißt, es kann jemand eine Partei ankreuzen, wenn aber die Vorzugsstimme einer Person einer anderen Partei gegeben wird, dann gehört plötzlich die Stimme auch dieser anderen Partei. Das ist ja völlig widersinnig! Weil wir sind hier ein Vertretungskörper von gewählten Listen und Parteien und ein Landtag setzt sich aus diesen Vertretern und Vertreterinnen der Listen und Parteien zusammen.

Es ist völlig widersinnig zu sagen ich wähle eine Einzelperson, wir haben diese Zusammenstellung nicht. Es wird die Regierung nicht direkt vom Volk gewählt, sondern es wird ein Landtag oder ein Parlament gewählt und dieses Parlament, ob Land oder Bund, wählt dann die jeweilige Regierung. Das heißt, wir haben hier ein zusätzliches Problem in der Vorzugsstimmenvergabe.

Wie viele ungültige Stimmzettel wir dann haben und wie viele Streitereien in den Wahlkommissionen, das kann sich jeder und jede die in der Praxis draußen in den Gemeinden tätig ist, an der eigenen Hand auszählen. Das heißt, ja natürlich, es muss bald hier Klarheit geschaffen werden und wenn das manche nicht wollen, dann ist das sozusagen strategisch nachvollziehbar, aber Ihr Dringlichkeitsantrag ist vom Inhalt her von der praktischen Abfolge her nicht nachvollziehbar.

Sie machen es uns schwer, Herr Steiner, weil vieles von dem was Sie sagen halte ich ja durchaus für richtig. Nur in Ihren Reden machen Sie dann regelmäßig diesen Schwenk und dann kommen Sie plötzlich mit Ihren parteipolitischen Wahlkampfreden daher und das ist dann oft auch polemisch. Das möchte ich nicht unterstützen und das wollen wir auch als Grüne Fraktion im Landtag nicht unterstützen, weil das Spiel der ÖVP ist schon sehr durchschaubar.

Es gibt eine parteipolitische Strategie und man nutzt halt jede Gelegenheit diese auch durchzuziehen und sich selber hier auf die Bühne zu stellen. Insofern können wir nur sagen, ja, es ist gut, wenn wir möglichst bald wählen. Wieso Sie in eine Beschlussformel bereits einen Wahltermin hineinnehmen, nämlich zu sagen, dass am selben Tag der bevorstehenden Nationalratswahl im September 2019 zu wählen ist, wo es noch überhaupt keinen Beschluss gibt wann wir wählen, - es könnte auch noch sein, dass wir nicht im September 2019 wählen - das finde ich dann auch problematisch.

Weil wer kann denn dem zustimmen? Das ist ein Beschluss, der darauf aufbaut, dass Sie noch immer in Ihren Machtfantasien im Bund sind, dass alles da durchgeht, wie es die ÖVP will. Die Zeit ist jetzt einmal vorbei. Das heißt, auch diese Beschlussformel ist so abgefasst, dass man eigentlich sieht, was Sie wollen. Sie wollen das, was in der Bundes-ÖVP vorgegeben ist, auch hier im Land einfach durchziehen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Das stimmt überhaupt nicht!)*

Auch wenn es nicht immer sehr sinnvoll und manchmal nicht einmal logisch ist in der Formulierung. Uns ist es wichtig, dass sehr klar die Kompetenzen und die Autoritäten der Parlamente, der Landes- und der Bundesparlamente, akzeptiert werden und da zuerst die Beschlüsse gefasst werden, bevor wir Folgebeschlüsse fassen.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (FPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Ja, es ist spätestens, aller allerspätstens seit heute klar, dass es in diesem Landtag eine Partei gibt, die nicht das geringste Interesse daran hat, dass diese Regierung und dass wir als Landtag das tun, wofür wir da sind, wofür wir gewählt wurden und wofür wir auch bezahlt werden, nämlich arbeiten.

Arbeiten und uns darauf konzentrieren, dass im Land und in der Sache etwas weitergeht, damit es unseren Landsleuten soweit wie möglich und rundherum gut geht. Diese Partei, meine Damen und Herren, das ist die ÖVP, die mit aller politischen und parlamentarischen Gewalt versucht, der regierenden Koalition ein unverzügliches Ende zu bescheren, und dass aus rein parteipolitischen Gründen.

Vor zwei Wochen der vollkommen ungerechtfertigte Misstrauensantrag gegen den Landeshauptmann-Stellvertreter, der im Übrigen so schlecht begründet war, dass die ÖVP bei dieser Abstimmung ziemlich alleine geblieben ist und nicht einmal alle Oppositionsparteien mitgestimmt haben. Heute ein ebenso schlecht begründeter Dringlichkeitsantrag, der auf die sofortige Auflösung des Landtages abzielt.

Ich habe ehrlich gesagt gar nicht vor, mich näher mit dieser Antragsbegründung auseinanderzusetzen, weil sie ja in Wirklichkeit jeder Beschreibung spottet. Aus den verbalen Fehlverhalten zweier Funktionäre, die keinen Bezug zur burgenländischen Landespolitik haben, das Sittenbild einer ganzen Partei zu konstruieren und damit vorzeitige Neuwahlen in einem Bundesland zu begründen, da erübrigt sich jeder Kommentar.

Ehrlich gesagt, ich könnte jetzt auch hergehen und all die Skandale, die es in den letzten zehn, 20, 30 Jahren auf allen möglichen Ebenen gegeben hat und in die ein ÖVPLer involviert war, hat es ja im Burgenland welche gegeben und in Eisenstadt, ich könnte das jetzt alles aufzählen, auch daraus ein Sittenbild konstruieren, aber das wäre genauso unsachlich.

Herr Kollege Steiner, drei Anmerkungen zu Ihren Ausführungen. Erstens, der Vollständigkeit halber, nichts von diesen haarsträubenden Aussagen aus dem Video wurde in die Tat umgesetzt beziehungsweise es wurde nicht einmal der Versuch unternommen. Das halte ich fest.

Zweitens, die Geschichte, die Sie über die Sprengung der Bundesregierung erzählen, mit dieser Version sind Sie alleine. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr seid zurückgetreten. Wir haben nichts gesprengt!)* Das sehen auch alle anderen Parteien nicht so wie Sie. Wenn ein Bundeskanzler grundlos die Entlassung eines Ministers betreibt, eines Ministers des Koalitionspartners, dann stellt das klipp und klar den Bruch des Koalitionsübereinkommens dar, daran besteht überhaupt kein Zweifel.

Drittens, die Geschichte mit dem Misstrauensantrag war natürlich heikel, aber sie hat ganz gut gezeigt, welches gestörte Verhältnis die ÖVP zum Parlamentarismus hat. Die

ÖVP wollte mit 31 Prozent Wahlergebnis 100 Prozent der Ministerien und 100 Prozent des Einflusses. Sebastian Kurz und die ÖVP haben sich im Gegensatz zum Bundespräsidenten dann bei Bestellung der jetzigen Regierung keine Sekunde lang darum bemüht, eine Mehrheit im Nationalrat auf die Beine zu stellen.

Ich bin da beim Herrn Landeshauptmann, es macht ja fast schon den Eindruck als hätte man es darauf abgesehen, mit einem Misstrauensantrag die gesamte Regierung zu konfrontieren.

Meine Damen und Herren! Zur Versachlichung. Was können sachliche, was können objektive, was können tatsächlich gute Gründe sein, einen Landtag vorzeitig aufzulösen? Zusammengefasst sich in einer Sackgasse zu befinden, das wäre ein sachlicher, das wäre ein objektiver, das wäre ein tatsächlich guter Grund für Neuwahlen. Die Ursache für eine solche Sackgasse kann sein, dass man sich als Koalition in einer wichtigen Sachfrage nicht einig ist und an dieser Sachfrage scheitert, weil man unterschiedliche Auffassungen nicht überwinden kann.

Die Ursache für eine solche Sackgasse kann sein, dass es offenkundige und massive Widerstände aus der Bevölkerung gibt. Die Bevölkerung unzufrieden ist, sich die Bevölkerung durch eine Regierung oder Koalition nicht mehr angemessen vertreten fühlt.

Die Ursache für eine Sackgasse kann sein, dass es innerhalb einer Koalition zwischenmenschliche Verwerfungen gibt, die selbst das banale Tagesgeschäft negativ beeinflussen und eine weitere Ursache könnte sein, dass eine Koalition für einen größeren Skandal politisch verantwortlich ist, der ein Übergehen zur Tagesordnung unmöglich macht. All das wären Ursachen dafür, dass man in einer Sackgasse landet.

All das wären mitunter Gründe für Neuwahlen, aber all das ist nicht der Fall im Burgenland, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Aber irgendetwas muss es ja sein, dass neu gewählt wird! A, B oder C, Herr Kollege!)* Diese Koalition ist sich in den offenen Sachfragen grundsätzlich einig und diese Koalition ist vor allem auch in der Lage, und das hat sie oft genug bewiesen, unterschiedliche Auffassungen zu überwinden und gemeinsam Lösungen zu finden.

Diese Koalition erfreut sich, und das zeigen alle Umfragen, großer und größter Zustimmung und auch Beliebtheit in der Bevölkerung, die sich ganz offenkundig vertreten fühlt. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Irgendetwas muss es ja sein, oder?)*

Die Vertreter dieser Koalition pflegen in der Zusammenarbeit einen zwischenmenschlichen Umgang, der im politischen Geschäft Seltenheitscharakter hat, man will miteinander. Und diese Koalition hat schon gar keine Skandale zu verantworten die Neuwahlen unausweichlich machen würden.

Diese Koalition, meine Damen und Herren, ist in keiner Sackgasse, sie ist auf der Überholspur. Dass die ÖVP in den Wahlkampfmodus übergegangen ist, und da wahrscheinlich auch nicht mehr herausfinden wird, das nehmen wir zur Kenntnis. Aber wir werden uns auch davon nicht von der Überholspur abbringen lassen. Spielen Sie Ihre rein parteipolitischen Spielchen. Andere Motive oder Gründe für diese komischen Anträge, die wir am Nachmittag ja auch noch haben werden, gibt es ja zurzeit nicht.

Wir als Koalition tun das wofür wir da sind, wofür wir gewählt wurden, wofür wir auch bezahlt werden - wir arbeiten. Wir werden unser Koalitionsübereinkommen und die noch offenen Vorhaben der Landesregierung erledigen und abschließen. Wir werden dann im Jänner 2020 einen neuen Landtag wählen, *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Warum jetzt?)* weil wir noch nicht fertig sind, *(Abg. Markus Ulram: Warum im Jänner?)* weil wir arbeiten wollen.

Weil wir dem Land ersparen wollen, in die von der ÖVP im Bund ausgelöste Schlammschlacht hineingezogen zu werden. Und diese Antwort kann ich Ihnen schon geben, meine Dame und meine Herren von der ÖVP - (*Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen*) weil wir dem Land auch einen Dauerwahlkampf, der dann quasi (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, ganz genau!*) über die gesamte erste Jahreshälfte 2020 geht, ersparen möchten.

So einfach ist das, Herr Kollege Steiner. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Also mehr Widersprüchlichkeit, Herr Kollege Molnár, geht nicht!*) Diese Regierung ist handlungsfähig. Darauf kommt es an. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie sind die Widersprüchlichkeit in Person! – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*) Diese Regierung kann sich auf eine stabile politische Mehrheit im Landtag verlassen. Darauf kommt es an!

Diese stabile politische Mehrheit werden wir auch in den kommenden Monaten im Interesse und zum Nutzen unserer Landsleute einsetzen. Der Unterschied ist eben der, die ÖVP ist für die ÖVP, Rot-Blau hingegen für Land und Leute.

Das ist der Unterschied und auf diesen Unterschied sind wir stolz. (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Wolf.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das Wort.

Herr Kollege Molnár, mehr Widersprüche als in Ihrer Rede habe ich von Ihnen noch nie gehört. Ganz klar. Sie sind gewählt worden um bis zum Ende der Periode zu arbeiten. Aber dann stellt sich doch ganz Burgenland jetzt die Frage, warum wählen wir dann im Feber oder im Jänner?

Geschätzte Damen und Herren! Ihr seid auf einer Überholspur in der Sackgasse, mehr nicht. Ihr seid auf der halben Überholspur, wenn überhaupt. Das ist weder Fisch noch Fleisch und aus Angst bleibt Ihr auf der halben Strecke stehen. Entweder man sagt als FPÖ/SPÖ wir wählen am Ende der Periode im Mai 2020, weil alles in Ordnung ist und Ihr Euch super versteht. Weil Ihr weiterhin gemeinsam kuscheln wollt bis Ende Mai 2020, wie es regulär festgestellt ist oder Ihr macht es wie wir sagen, so schnell als möglich wählen, nämlich im September 2019.

So, und was macht Ihr? Ihr sagt, wählen wir Ende Jänner, weil unsere Zusammenarbeit ist super, aber eigentlich auch nicht. Der einzige Grund warum man Ende Jänner wählen möchten ist, weil der Herr Landeshauptmann sich das schon zum Ziel gesetzt hat als er Landeshauptmann wurde. Nein, schon vorher. Seit er nicht mehr Minister ist, hat er sich zum Ziel gesetzt, jetzt werde ich SPÖ-Chef, dann werde ich Landeshauptmann und dann werde ich Ende Jänner 2020 wählen, weil das habe ich mir aus Niederösterreich abgeschaut.

Dort ist das so supertoll gelaufen und ich werde in dieselben Fußstapfen treten und dementsprechend auch Ende Jänner 2020 wählen, weil ich mir aus reinem Parteikalkül das beste Ergebnis für mich und die SPÖ Burgenland erhoffe und mehr nämlich nicht, geschätzte Damen und Herren. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Genau so ist es! – Beifall bei der ÖVP*)

Es ist doppelamoralisch und unglaublich, (*Abg. Ilse Benkö: Das zeigt aber, welche Geisteshaltung Ihr habt!*) wenn Ihr Ende Jänner versucht zu wählen. Geschätzte

Damen und Herren! Wie gesagt, Ihr seid gewählt worden um bis Mai 2020 und dann zu wählen und nicht vorher in eine Wahl zu gehen. Aber unser Augenmerk ist es - und was spricht daher gegen einen früheren Wahltermin im September? Aus unserer Sicht nichts.

Deswegen gehen wir zurück zum Auslöser, nämlich diesen Ibiza-Skandal von der FPÖ, der von der SPÖ im Burgenland einfach zur Kenntnis genommen wird, totgeschwiegen wird. Ganz im Gegenteil, Ihr steht eigentlich hinter dieser „Ibiza-FPÖ-Skandalpartei“, weil Ihr Euch die FPÖ als billigsten Steigbügelhalter im Burgenland hält, mehr nicht. Geschätzte Damen und Herren! Ihr schaut als Abgeordnete dieser FPÖ zu, wie sie da weiter werken.

Ihr haltet Euch die FPÖ als Mehrheitsbeschaffer für Eure Ideen und Wünsche und leider bleibt die FPÖ auch im Burgenland nur Mittel zum Zweck. Sie ist es und wird es auch zukünftig bis zu diesem Wahltermin bleiben. Das ist traurig. Aber nichtsdestotrotz, die FPÖ steht dahinter.

Ganz ehrlich, Ihr selbst, als FPÖ Abgeordnete müsstet es besser wissen, Euch schmerzt es selber, dass wir Ende Jänner wählen gehen müssen, weil eigentlich wollt Ihr es nicht.

Eigentlich wollt Ihr, wenn Ihr ehrlich seid, genauso im September wählen oder zumindest bis Mai warten. (*Abg. Ilse Benkö: Was?*) Aber Ihr versucht mit aller Gewalt in den Sesseln sitzenzubleiben und deswegen unterstützt Ihr den Willen Eures Landeshauptmannes, mehr schon nicht.

Geschätzte Damen und Herren! Der Landeshauptmann selber hat sich in vielen Aussagen verstrickt. Ob überlegt oder unüberlegt kann man nicht nachvollziehen, aber er hat selbst gesagt, er ist gegen lange Wahlkämpfe und will möglichst schnell Stabilität im Burgenland schaffen.

Genau deswegen wählen wir in acht Monaten, damit wir acht Monate jetzt Wahlkampf haben beziehungsweise versuchen, „schnell“ unter Anführungszeichen Stabilität zu schaffen. Schnelle Stabilität heißt, dass wir im September wählen gehen, geschätzte Damen und Herren, und dass die Bürger und die Wähler entscheiden, sonst niemand. Weil alles andere jetzt Augenauswischerei ist.

Somit sind wir ab jetzt 230 Tage im Wahlkampf, (*Abg. Ilse Benkö: Im Wahlkampf seid nur Ihr, nicht wir!*) dazu werden wir später noch Möglichkeit haben zu diskutieren. Wird die SPÖ mit der FPÖ gemeinsam, all diese großen Überschriften, die schon ins Land getragen wurden, weiterhin versieren ohne Inhalte, ohne Substanz? Wir könnten uns aber mit einem schnellen Wahltermin genau diese Wahlkampfzeit für die Burgenländer ersparen.

Begonnen hat es ja auch damit, nachdem das Video von der FPÖ publik wurde, hat der Herr Landeshauptmann medienöffentlich gesagt, diese Koalition ist schwer belastet. Nach zwei, drei Tagen und ein bisschen Überlegungen hat er natürlich wieder den Rückzieher gemacht und hat gesagt, nein, eigentlich ist alles super und wir kuscheln weiter. Aber trotzdem habe ich jetzt einen Super-Grund doch Ende Jänner 2020 wählen zu gehen. Das passt super in mein Konzept und in die Kommunikationsstrategie und auch in die Parteitaktik.

Geschätzte Damen und Herren! Das ist der einzig wahre Grund, warum wir Ende Jänner 2020 wählen gehen werden und nicht schon jetzt im September 2019.

Geschätzte Damen und Herren, der Landeshauptmann war einmal ehrlich, er hat gesagt, dass Kurz Sebastian als Bundeskanzler nur aus reiner Parteitaktik abgewählt

wurde. Denn das ist das Sittenbild dieser SPÖ. Der SPÖ geht es nie um die Menschen oder um das Land, geschweige denn um Österreich oder Burgenland, sondern immer nur um die Partei.

Für die SPÖ steht ganz allein die Partei ganz, ganz oben und sonst nichts. Wenn das nicht so wäre, hätte man diese Bundesregierung nicht mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ abgewählt. Wenn man jetzt argumentiert, dass diese Berater oder Beamtenbundesregierung so toll ist dann, geschätzte Damen und Herren, liegt es auch an dem Landtag hier Experten einzusetzen und nicht diese sieben Regierungsmitglieder sitzen zu lassen. Weil die Argumentation im Bund muss doch die gleiche sein wie im Burgenland.

Wenn man jetzt sagt, dass die Absetzung von Kickl überzogen und politisch motiviert war, was auch der Herr Landeshauptmann gesagt hat, weil bis zur nächsten Wahl nur mehr ein paar Monate sind, dann ist das auch offensichtlich reine Parteitaktik aus Sicht des Landeshauptmannes, weil, das Euer neues Programm ist.

Ihr stellt die Partei über dem Menschen und über das Land, das habe ich bereits erwähnt, und das wissen nun auch alle Burgenländer. Rot-Blau ist mit diesem Wahltermin Ende Jänner 2020 im Burgenland einzementiert. Das ist vor der Wahl jetzt gang und gäbe. Was wird das aber nach der Wahl scheinbar sein, wenn die SPÖ wieder einen Steigbügel braucht, um ihre Ideen umzusetzen für die nächsten fünf Jahre?

Haben Sie doch den Mut, wählen wir im September 2019, lassen wir den Wähler entscheiden! (*Abg. Géza Molnár: Du musst es ein bisschen lustvoller vortragen!*) Das würde dem Burgenland viele Tage Wahlkampf ersparen, das würde uns viele Steuergelder sparen und auch viele teure Wahlzuckerl.

Nur das, geschätzte Damen und Herren, wäre ehrlich und nur das wäre auch für das Burgenland das Beste. Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsidentin Verena Dunst: Frau Klubobmann Abgeordnete Ingrid Salamon ist zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Salamon (SPÖ): Ja. Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt wirklich sehr geduldig jedem einzelnen und jeder einzelnen Sprecherin zugehört. Aber es ist natürlich so, dass Sie, liebe ÖVP, mit dem Neuwahltermin so ziemlich alleine da stehen. Ich will das ja jetzt gar nicht so strapazieren, dass man sagt, dass sehr deutlich aus allen Fraktionen herausgekommen ist, dass es Ihnen um das politische Kleingeld geht.

Man muss jetzt schon sagen, wenn man Ihnen sehr aufmerksam zugehört hat, dass diese Floskeln, die Sie heute hier zu Tage legen, ja die können Sie ja nicht einmal selber glauben. Wenn man davon ausgeht, dass gesagt wird, dass wir dafür sind, dass das Wasser verkauft wird, dann darf ich nur erinnern, dass wir das in der Landesverfassung mit der Daseinsvorsorge haben.

Wenn Sie sich herstellen als ÖVP und über die Steuerreform jammern, dann möchte ich Sie erinnern, dass die Steuerreform für die Leute, für die Österreicher, auch für die Burgenländer ein Vorbild oder ein Vorhaben für 2022 ist. Also da können Sie sich doch bitte heute hier nicht herstellen und jammern, dass das alles, weil es jetzt diese Regierung nicht gibt und Ihr Sebastian Kurz schon die zweite Regierung platzen hat lassen, versuchen andere schuldig werden zu lassen.

Das glaubt Ihnen doch niemand! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Außer die Leute!)* Das glaubt Ihnen niemand. Wir haben noch keine Landtagswahl gehabt. Ihnen geht es nicht um das Burgenland. Das muss man Ihnen wirklich ganz emotionslos sagen. Ihnen geht es nur um die ÖVP. Sonst könnte das heute nicht Ihre Forderung sein. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Man könnte jetzt schon ein bisschen die These aufstellen, dass Sie jetzt vier Jahre Ihre Oppositionsrolle nicht wirklich gut gefunden haben, dass wir mit unserem Regierungspartner vier Jahre gut für das Land gearbeitet haben.

Wenn man jetzt so ein bisschen weiter verfolgt, ja dann muss ich sagen, warum wollen Sie in einen Wahlkampf gehen mit Ihrem Sebastian Kurz? Fürchten Sie sich im Burgenland mit unserem Landeshauptmann Doskozil allein in einen Wahlkampf zu gehen? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mit ihm?)* Ja, ja, Sie wollen ja Landeshauptmann werden. Haben Sie Angst davor? Weil es besteht kein Grund... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mit dem Landeshauptmann in den Wahlkampf zu gehen wird schwierig für uns, er wird nicht auf die Liste gehen! Schätze ich einmal!)* Ja, aber Sie können auch das mit der SPÖ sagen. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Die Mehrheit entscheidet!)*

Schauen Sie, schauen Sie, lieber Herr Steiner. Sie verstehen genau, das was ich meine. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich habe gehört, was Sie gesagt haben!)* Für mich ist es so, dass Sie, ja dann werde ich es Ihnen jetzt noch einmal sagen. Für mich ist es so, dass Sie natürlich und es ist ja auch verständlich als Opposition und als ÖVP, dass Sie natürlich jetzt diesen Schwung mitnehmen wollen.

Das haben ja sehr viele meiner Kollegen und Kolleginnen schon im Vorfeld gesagt und dass Sie jetzt wählen wollen. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir jetzt nicht wählen wollen, weil wir ein Arbeitsprogramm haben. Weil wir dieses Arbeitsprogramm im Burgenland umsetzen werden und wollen und das wollen Sie natürlich nicht. Sie haben anscheinend wirklich von diesem Jänner Termin Angst, dass das Burgenland alleine wählt, weil Sie vielleicht den Schwung von der ÖVP im Bund ganz einfach nicht mitnehmen können.

Für mich ist es so, dass es zwei Bundesländer gibt oder dass es den Bund und das Land gibt, dass diese Krise im Bund ist und dass wir nicht das Beiwagerl des Bundes sind und daher früher Wahlen brauchen, sondern wir sind ein eigenständiges Bundesland mit einem eigenständigen Landtag und daher ist es für mich so, dass dieser Wahltermin, den Sie vorschlagen aus verschiedenen Gründen aber auch aus Arbeitsgründen, nicht möglich ist, weil das für unser Land und für die Bevölkerung nicht gut wäre. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir die Regierungsparteien... *(Abg. Markus Ulram: Und warum geht Ihr vier Monate früher wählen?)* Wenn Sie wollen, können Sie sich gerne melden. *(Abg. Markus Ulram: Erklären Sie das! Können Sie ja nicht!)* Wir, die Regierungsparteien, das habe ich Ihnen schon gesagt, wir sind gewählt worden um zu arbeiten. *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Bis zum Ende!)* Wir haben ein *(Abg. Markus Ulram: Bis zum Schluss oder?)* Arbeitsprogramm und ein Regierungsprogramm und das werden wir umsetzen. *(Abg. Markus Ulram: Seid Ihr schon früher fertig?)*

Wir werden das umsetzen, das wir haben, auch wenn Sie das noch so aufregt, lieber Herr Kollege, das wird so sein. Wir haben keine Krise im Burgenland. Wir haben Stabilität, wir haben ein korrektes Arbeiten mit unseren Regierungspartnern und wir sind für ein Miteinander und nicht für ein Gegeneinander.

Das haben wir vier Jahre bewiesen, dass wir eigenständige Parteien sind, aber ein Arbeitsübereinkommen haben und zum Wohle der Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten werden und das werden wir auch machen. Ob es Ihnen passt oder nicht und ob

Sie noch zehn Anträge einbringen werden oder nicht, das wird so sein! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)* Ich kann Ihnen das jetzt noch einmal predigen, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* damit Sie sich das vielleicht auch merken.

Die ganz wichtigsten Dinge, die wir jetzt im Prinzip haben, ist natürlich für uns die Bio-Wende, das ist die Pflege, das ist der Mindestlohn mit 1.700 Euro, das ist der Gratiskindergarten, das ist für die Volksschulen Englisch ab September, das sind die Schwerpunkte und das sind die Themen, die wir abarbeiten werden. Es ist für uns so, dass natürlich wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden aus den wohlbekannten Gründen.

Dass wir nicht streiten, dass wir kein politisches Kleingeld aus der Bundesmisere machen wollen, sondern unsere Arbeit für die Bevölkerung zu Ende führen werden und *(Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* dazu möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen. Er wurde, glaube ich, ausgeteilt. Reicht es wenn ich nur die Beschlussformel vorlese? *(Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Selbstverständlich!)*

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu einer handlungsfähigen Landesregierung, welche auf Basis einer stabilen politischen Mehrheit im Landtag ihr Regierungsprogramm abarbeitet und angekündigt ihr Regierungsvorhaben umsetzen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, dem Burgenländischen Landtag rechtzeitig eine Gesetzesvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, damit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Fristen die nächsten Landtagswahlen am 26. Jänner 2020 durchgeführt werden können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ – Die Abgeordnete Ingrid Salamon übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Salamon, Molnár, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Als Nächstes hat sich der Herr Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz auf den mir vor kurzem überreichten Abänderungsantrag Bezug nehmen. Der erste Satz ist schon bemerkenswert: Als unmittelbare Reaktion auf die Krisensituation in der sich die Österreichische Bundesregierung unter Sebastian Kurz befand. Also, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Gerade hat die FPÖ erklärt, es hat keinen Grund gegeben etwas zu tun, Schuld ist die böse ÖVP. Jetzt schreiben die FPÖ und die SPÖ, dass eine Krisensituation bestanden hat. *(Abg. Géza Molnár: Ja, wegen dem Kurz!)* Also, ganz kurz zusammengefasst, was ist denn jetzt wirklich Linie? Muss man jetzt mit aller Gewalt erklären, warum man sich vom Landeshauptmann Doskozil vorschreiben lässt wann man wählt? Seit er im Landhaus ist wird kolportiert, Ihr könnt gerne nachlesen, die APA hat eine Suchfunktion in der BVZ und im Kurier steht.

Seit Doskozil Landesrat ist, eine Vorverlegung auf Jänner, einen Winterwahlkampf wie in Niederösterreich, unendlich oft gelesen und gehört. Dann gibt es eine Vorverlegung der Wahl - wann wird die zufällig anberaumt? Zum Wunschtermin eines Einzigen. Herr

Kollege Kölly, Sie haben natürlich immer recht mit der Formulierung. (*Abg. Manfred Kölly: Immer habe ich nicht recht!*) Nein, mit der Formulierung, Moment, Moment, Manfred, erst den Satz hören, dann darüber lachen. (*Allgemeine Unruhe – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*)

Sie haben immer mit der Formulierung recht, dass die Mehrheit natürlich entscheidet. Aber da sind wir uns, glaube ich, alle da hier einig. Das hat nicht die Mehrheit entschieden. Das hat einer vorgegeben, der hat diktiert, der hat gesagt, ich möchte meinen Wunschtermin und Gott sei Dank ist jetzt diese Situation auf Bundesebene eingetreten, endlich habe ich das Feigenblatt gefunden, mit dem ich diesen 26. Jänner auch argumentieren kann. Sie schreiben da der Zukunftsplan Pflege muss umgesetzt werden.

Wer war dagegen? Wir haben noch nicht einmal eine sachliche Aufarbeitung bekommen! Der Herr Landesrat Illedits tourt durch die Bezirke, erklärt sein Modell. Wer hindert den Landtag, die Landesregierung, das umzusetzen? Wozu brauchen wir Monate? Da gibt es einen Beschluss, wir alle wissen, wie ein Landtag funktioniert, keine Problematik. Die Bio-Wende. Was ist die einzige Frage, die zu klären ist? Was ist mit dem Geld? Wer kriegt wieviel, damit er sich dem Bio-Programm des Landes, das ausgerufen wurde, anschließt?

Reine Geldfrage, entscheiden wir. Auch der Landtag zuständig. Mindestlohn, fünf Gesetze beschließen wir heute, wo wir Lohn- und Gehaltsbestandteile unserer Landesbediensteten klären, machen wir es gleich, Abänderungsantrag - alles möglich. Wir haben Beamte, scharenweise Berater, Menschen, die uns das alles erklären können! Da brauche ich keine fünf Monate zuwarten, bei allem Respekt, jetzt rechne ich Weihnachtszeit heraus, jetzt rechne ich die Sommerphase heraus. Bleiben noch immer Monate, Monate über, um das alles abzuklären.

Ich möchte Ihnen nur sagen, entweder springt man in der Argumentation jetzt von einem Redner zum andern, weil anders kann ich den Abänderungsantrag und den ersten Einleitungssatz nicht interpretieren, oder man macht einfach das, was Sache ist. Sache ist, Hans Peter Doskozil will im Jänner wählen. Er möchte die Zeit übertauchen, er möchte auf keinen Fall mit den Nationalratswahlen anstreifen.

Das ist die Wahrheit und all das kann man ja sagen. Sie sind genauso wie ich frei gewählt, wenn Sie sich dieser Meinung anschließen und der Landeshauptmann sich das wünschen darf und Ihr das so beschließt, dann ist es so. Aber das Recht der Opposition ist es, dass wir in einer öffentlichen Sitzung darüber debattieren und jedem Burgenländer und jeder Burgenländerin sagen, (*Abg. Ingrid Salamon: Trotzdem wird es nicht richtiger!*) dass das nicht Wunsch und nicht Argumentation eines Arbeitsprogrammes ist, sondern rein parteipolitische Interna, wie der Herr Landeshauptmann sogar öffentlich in den Medien gesagt hat. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Von der Regierungsbank hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, Hoher Landtag! Zur ÖVP kann ich eigentlich nur mehr sagen, Hochmut, Hochmut, Hochmut (*Abg. Manfred Kölly: Kommt vor dem Fall!*) kommt vor dem Fall. Kurz ist meiner Ansicht nach der „Sprengmeister“ des Jahrhunderts. Er hat das jetzt das zweite Mal gemacht innerhalb von eineinhalb oder zwei Jahren. Die „Steiner ÖVP“ ist sowieso auf dem menschlichen

Tiefpunkt angelangt, denn diese Behauptung, Herr Abgeordneter Steiner, dass ich in eineinhalb Wochen mit Strache oder Gudenus nach Ibiza fliege, ist wirklich der absolut menschlichste Tiefpunkt.

Die „Steiner ÖVP“ ist schlichtweg ein menschlicher Tiefpunkt im Burgenland. Wenn der Sebastian Kurz den Herrn Innenminister entlassen hat, den Herrn Innenminister Kickl, und Sie natürlich das irgendwie als positiv sehen, dann erinnere ich an den einzigen Innenminister, der wirklich verurteilt wurde, und der heißt Strasser, ich glaube, er war ein ÖVP-Innenminister.

Eines muss man schon auch anführen, bei aller Wertschätzung, dass bei allen Äußerungen, die dort getätigt wurden auf dem Video, und das war wirklich katastrophal und unentschuldigbar, wirklich peinlich, höchst peinlich, aber der Vizekanzler Strache hat nichts von dem, was er gesagt hat, irgendwie umgesetzt. Im Gegenteil, (*Abg. Gerhard Steier: Das wäre ja die Höhe!*) er hat gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz eine hervorragende (*Abg. Manfred Kölly: Das wäre aber traurig gewesen!*) Regierungsarbeit gemacht, dass wahrscheinlich jeder Burgenländer, Herr Steier, hören Sie zu (*Abg. Gerhard Steier: Ich höre Ihnen jeden Tag zu!*) und „keppeln“ Sie nicht immer drein, dass jeder Burgenländer und Österreich mit dieser Regierung aus meiner Sicht hoch zufrieden war.

Da ist es wirklich schade, dass Kurz diese Regierung gesprengt hat, einen Innenminister entlassen hat, der vor zwei Jahren Generalsekretär war und jetzt einfach so entlassen wurde von Kurz und Van der Bellen. Also das ist ein Vertrauensbruch, so etwas hat es noch nie gegeben. Kurz ist der Sprengmeister des Jahrhunderts! Das ist definitiv so. Für diese Behauptung, die Sie vorher abgegeben haben, Herr Abgeordneter Steiner, erwarte ich mir eine Entschuldigung.

Ich fliege nämlich mit meiner Gattin in eineinhalb Wochen nach Ibiza, (*Abg. Gerhard Steier: Na hoffentlich!*) weil ihr die Insel genauso gut gefällt wie mir. Da könnt Ihr jetzt lachen wie Ihr wollt, aber es ist wirklich eine Behauptung, die man nicht so stehen lassen kann. Es ist echt nicht gut, und ich sage nur noch abschließend, vielleicht kommen dieser Hochmut und diese Arroganz auf Sie noch negativ zurück, aber das werden Sie selber einschätzen können.

Zum letzten Mal, als der Misstrauensantrag gestellt wurde, dazu auch noch ein Satz: Nachdem der Kölly dauernd gesagt hat, der Tschürtz und Tschürtz, und vielleicht hat er sich Brüssel zahlen lassen und so. Ich sage nur eines, wir kennen die Kasperlvorfürhungen vom Kölly, und mehr brauche ich da gar nicht dazu sagen. (*Beifall bei der FPÖ und SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Präsidentin Verena Dunst: Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Auch seitens der Regierungsbank ersuche ich um Überlegung der Wortwahl. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Salamon, Molnár, Kolleginnen und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Salamon, Molnár, Kolleginnen und Kollegen ist damit mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt.

Die 56. Sitzung des Burgenländischen Landtages - wir haben jetzt 12 Uhr 26 Minuten - beginne ich um 12:45 Uhr. Das heißt, in einer guten Viertelstunde, das müsste dann schon reichen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 12 Uhr 26 Minuten